

BSW Neukölln Wahlprogramm

BSW – Vernunft und Gerechtigkeit

Für ein solidarisches, sicheres und lebenswertes Neukölln

INHALT

Präambel 3

1: Arbeit mit Würde – Löhne zum Leben 7

2: Heimat darf kein Luxus sein – Bezahlbar wohnen in Neukölln 9

3: Bildungsaufbruch – Zukunftschancen statt Bildungslotterie 12

4: Kinder schützen – Familien stärken – Armut bekämpfen 15

5: Respekt, Regeln und Chancen – Integration, die gelingt 18

6: Inklusion ernst nehmen – Teilhabe für Menschen mit Behinderung .. 20

7: Sicherheit und Sauberkeit – Kiez zum Wohlfühlen 23

8: Gesundheit für alle – Versorgung statt Vermarktung 25

9: Mobilität für alle – Verkehr mit Vernunft 27

10: Kultur ist kein Luxus – sie ist das Herz des Bezirks 29

11: Verantwortung beginnt im Kiez – Umwelt und Nachhaltigkeit 31

12: Moderne Verwaltung – digital, bürgernah, vernünftig 33

Neukölln kann mehr – wenn wir es gemeinsam gestalten 35

Präambel

Neukölln ist ein Spiegel Berlins – vielschichtig, lebendig, widersprüchlich. Zwischen Richardplatz und Gropiusstadt, zwischen Reuterkiez und Britz liegen nur wenige Kilometer – aber oft Welten im Alltag der Menschen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit treffen hier unmittelbar aufeinander: Wohnungsnot, Bildungsungleichheit, Armut, aber auch Einwanderung, kulturelle Vielfalt und sozialer Zusammenhalt.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) steht für eine Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Mit Vernunft statt Ideologie. Mit Gerechtigkeit statt Spaltung. Mit sozialem Mut statt leerer Worte.

Frieden als Grundlage sozialer Politik

Das BSW lehnt die Militarisierung der Außenpolitik und unserer Gesellschaft ab. Sicherheit entsteht nicht durch Aufrüstung, sondern durch Diplomatie und soziale Gerechtigkeit. Milliarden für Rüstungsprojekte fehlen bei Schulen, Kitas, Gesundheitseinrichtungen, Nahverkehr und Kultur – in der Karl-Marx-Straße, in unseren Klassenzimmern und in den Pflegeeinrichtungen der Gropiusstadt. Wir fordern: Investitionen in das, was das Leben in Neukölln tatsächlich sicherer macht.

Auch auf kommunaler Ebene kann und muss Friedenspolitik sichtbar werden. Wir setzen uns für die Pflege und den Ausbau von Städtepartnerschaften ein – als konkrete Praxis von Dialog, Verständigung und internationaler Solidarität. Neukölln unterhält und entwickelt Beziehungen unter anderem zu Bat Yam, Puschkin, Wetzlar und eine weitere Partnerschaft mit einer Stadt in Palästina. Solche Verbindungen schaffen reale Begegnungen jenseits geopolitischer Konfliktlinien.

Neukölln braucht eine neue politische Kraft: sozial, gerecht und friedensorientiert. Wir treten an, weil Politik den Menschen dienen muss – nicht Ideologien, nicht kurzfristigen Symboldebatten und nicht Konzepten, die an der Lebensrealität vieler vorbeigehen. Unser Anspruch ist klar: Vernunft statt Dogma, Lösungen statt Schlagworte.

Soziale Ungleichheit durch Gerechtigkeit verhindern

Neukölln ist ein Bezirk der Vielfalt, aber auch ein Brennglas sozialer Ungleichheit. Steigende Mieten, prekäre Beschäftigung, Armut und wachsende Existenzängste gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele Menschen erleben, dass sie trotz Arbeit kaum über die Runden kommen oder keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden. Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis politischer Fehlentscheidungen.

Wer bei Bildung, sozialer Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge spart, verschärft diese Ungleichheiten. Investitionen in Schulen, Jugend, soziale Arbeit, Gesundheitsversorgung und eine funktionierende Verwaltung sind keine Belastung – sie sind die Grundlage für gesellschaftliche Stabilität und individuelle Würde.

Wohnen ist ein Menschenrecht

In einem Bezirk wie Neukölln darf niemand unsichtbar werden. Eine Gesellschaft, die Menschen sich selbst überlässt, produziert Ausgrenzung – und verliert ihre eigene demokratische Substanz. Wir stehen für einen Bezirk, der soziale Sicherheit garantiert, Teilhabe ermöglicht und aktiv gegen Armut und Ausgrenzung arbeitet.

Bezahlbarer Wohnraum ist dabei zentral. Auch in Neukölln wird Wohnen zunehmend zum Luxus. Wir setzen uns ein für konsequente Mietregulierung, einen starken gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und den Schutz bestehender Nachbarschaften vor Verdrängung. Wohnen ist ein Grundrecht, kein Marktgut.

Lebensqualität bedeutet mehr als Wohnen. Öffentliche Räume müssen Orte der Begegnung sein: sauber, sicher, zugänglich und lebendig. Parks, Straßen und Plätze gehören allen – unabhängig von

Einkommen oder Herkunft. Eine soziale Stadt zeigt sich darin, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.

Ein am Patienten orientiertes Gesundheitssystem

Gesundheit ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Alle Menschen müssen Zugang zu guter medizinischer Versorgung haben – unabhängig von Einkommen oder Status. Dafür braucht es wohnortnahe Angebote, starke öffentliche Strukturen und gute Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich.

Keine Militarisierung im Inneren

Frieden ist für uns kein abstrakter Begriff. Militarisierung im Inneren lehnen wir ab. Dazu gehört auch: Keine Bundeswehrwerbung an Schulen in Neukölln. Bildungseinrichtungen müssen Räume kritischer Reflexion und persönlicher Entwicklung sein – nicht Orte militärischer Nachwuchsgewinnung. Sicherheit entsteht durch soziale Stabilität, Bildung und funktionierende zivile Strukturen, nicht durch militärische Logiken.
Deshalb fordern wir die Einrichtung und Stärkung von Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer.

Die aktuelle Politik verwaltet häufig nur den Mangel, statt ihn strukturell zu überwinden. Was fehlt, ist eine langfristige, sozial orientierte Strategie für Neukölln – getragen von dem Ziel, Ungleichheit zu reduzieren und gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv herzustellen.

Wir stehen für eine solche Politik: klar in der Analyse, konkret in den Maßnahmen und orientiert an den Bedürfnissen der Menschen.

Dafür treten wir an.

Eine neue politische Kraft in Neukölln

Wie wir Bezirkspolitik gestalten und verändern wollen

Wir wollen, dass die Menschen in Neukölln schnell spüren: Es gibt eine politische Kraft, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet. Eine Kraft, die Prioritäten setzt und Verantwortung übernimmt.

Transparenz und demokratische Kontrolle stärken

Transparenz ist Voraussetzung demokratischer Legitimität. Wir setzen parlamentarische Instrumente wie Anfragen, Akteneinsicht und Anhörungen gezielt ein – dort, wo Aufklärung notwendig ist, etwa bei sozialen Versorgungsstrukturen, der Wohnraumpolitik oder der Verwendung öffentlicher Mittel.

Unser Ziel ist sachliche Aufklärung, nicht politische Inszenierung.

Sachorientierte Mehrheiten im Interesse der Menschen

Wo konkrete Verbesserungen möglich sind, suchen wir Mehrheiten – beispielsweise für eine stabile soziale Infrastruktur, bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und den Schutz öffentlicher Einrichtungen. Gleichzeitig bleiben wir politisch unabhängig und stehen nicht für ein bloßes „Weiter so".

Realistische Prioritäten statt Symbolpolitik

Bezirkspolitik hat begrenzte Mittel. Umso wichtiger ist es, diese wirksam einzusetzen. Wir setzen auf Maßnahmen, die tatsächlich umsetzbar sind und den Alltag der Menschen verbessern – statt auf symbolische Projekte ohne reale Wirkung.

Unser Anspruch

Wir stehen für eine Politik, die soziale Realität ernst nimmt, Machtverhältnisse reflektiert und konkrete Verbesserungen schafft. Transparent, verantwortungsvoll und mit einem klaren Fokus auf soziale Gerechtigkeit, Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1
Arbeit mit Würde – Löhne zum Leben

Aktuelle Lage:

Rund ein Drittel der Beschäftigten in Neukölln arbeitet im Niedriglohnsektor. Unsichere Verträge, Leiharbeit und steigende Lebenshaltungskosten treffen Familien, Alleinerziehende und junge Beschäftigte besonders hart – in der Pflege, im Handel, in der Reinigung, im Handwerk und in der Gastronomie.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Faire Löhne bei öffentlichen Aufträgen:*
  Kein Cent aus öffentlichen Geldern darf mehr in Dumpinglöhne fließen. Wer im Bezirk putzt, pflegt oder Grünflächen betreut – in Schulen, Seniorenheimen wie dem Vivantes-Haus in Britz oder im Volkspark Hasenheide –, muss tarifvertraglich beschäftigt sein und mindestens 15 Euro pro Stunde verdienen. Das stärkt Beschäftigte und die Kaufkraft in den Kiezen.
- *Neuköllner Zukunftsfonds für den Mittelstand:*
  Bäckereien in der Hermannstraße, Fahrradwerkstätten im Schillerkiez, kleine Handwerksbetriebe und Läden in Britz kämpfen mit steigenden Mieten und Energiepreisen. Ein unbürokratischer Fonds soll Betriebe unterstützen, die ausbilden, faire Löhne zahlen und umweltfreundlich wirtschaften. Leerstehende Gewerbeflächen sollen bevorzugt an solche Betriebe vergeben werden.

- *Praxisnahe Gründungsförderung für Neuköllnerinnen und Neuköllner:*
  Junge Menschen – etwa Absolventinnen und Absolventen der Hochschule für Technik und Wirtschaft – haben gute Ideen, aber keine Startchancen. Wir wollen bezahlbare Arbeitsräume in leerstehenden Gewerbeflächen entlang der Karl-Marx-Straße oder am Hermannplatz schaffen. Förderung erhält, wer soziale Verantwortung übernimmt und im Bezirk verwurzelt ist.
- *Lokale Wirtschaftsförderung stärken:*
  Quartiersmanagement und Wirtschaftsförderung müssen enger zusammenarbeiten, um lokale Betriebe beim Erhalt ihrer Standorte zu unterstützen. Der Bezirk soll aktiv auf Landes- und Bundesebene drängen, kommunale Förderinstrumente zu verbessern – für eine lebendige Kiez-Wirtschaft statt renditegetriebener Filialisten.

2
Heimat darf kein Luxus sein – Bezahlbar wohnen in Neukölln

Aktuelle Lage:

Wohnen wird für immer mehr Menschen unbezahlbar. Mieterinnen und Mieter in der Flughafenstraße oder der Donaustraße werden durch Modernisierungen verdrängt. 14–20 Prozent der Familien in Neuköllner Milieuschutzgebieten leben in überbelegten Wohnungen. Neukölln hat den berlinweit höchsten Anteil an Sozialleistungsempfängerinnen und -empfängern.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Sozialquote auf allen bezirkseigenen Grundstücken:*
  Auf allen bezirkseigenen Grundstücken gilt: Keine Neubauten ohne Sozialquote. Bei Projekten in der Karl-Marx-Straße oder am Estrel-Gelände müssen mindestens 50 Prozent der Wohnungen dauerhaft bezahlbar bleiben. Öffentliche Flächen gehören der Allgemeinheit – nicht Spekulanten.
- *Milieuschutz konsequent erweitern und durchsetzen:*
  Die Milieuschutzgebiete in Neukölln müssen aktiv erweitert werden. Häuser in Gebieten wie dem Reuterkiez oder dem Rollbergviertel sollen bei Eigentümerwechsel möglichst per Vorkaufsrecht in kommunales Eigentum überführt und nicht an internationale Fonds verkauft werden. Das bezirkliche Vorkaufsrecht muss auf Bundesebene wiederhergestellt werden – Neukölln muss dies aktiv einfordern.

- *Sanierung ohne Verdrängung:*
  Energetische Sanierungen dürfen nicht dazu führen, dass ältere Menschen ihre Wohnung verlieren. Das BSW unterstützt die Berliner Forderung nach Förderprogrammen für kleine Eigentümer – zinslose Kredite oder Zuschüsse für CO_2-arme Modernisierung – auch mit konkretem Neuköllner Bezug.
- *Kostenlose Mieterberatung und Housing First:*
  Die kostenlose Mieterberatung muss in allen Ortsteilen erreichbar sein. Familien mit Kindern sind bei der Wohnungsvergabe öffentlicher Gesellschaften wie STADT UND LAND bevorzugt zu berücksichtigen. Statt dauerhafter Notunterkünfte braucht es Housing-First-Ansätze: Wohnraum zuerst. Tagesaufenthalte, mobile Straßensozialarbeit und verlässliche Finanzierung der Träger der sozialen Arbeit sind sicherzustellen und auszubauen.
- *Mietrechtsschutz für Transferempfänger muss wiederhergestellt werden:*
  Im Januar 2026 hat der Berliner Senat die Kooperation mit den Mietervereinen gekündigt. Wer Bürgergeld, Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen bezieht, verliert damit kostenlosen Rechtsschutz – ausgerechnet die Menschen, die in Neukölln am stärksten von Verdrängung bedroht sind. Das BSW Neukölln fordert die sofortige Wiederherstellung dieser Kooperation. Solange der Senat nicht handelt, soll Neukölln als Bezirk eine eigene Vereinbarung mit dem Berliner Mieterverein oder der Berliner MieterGemeinschaft abschließen.
- *Berlin braucht dringend neue bezahlbare Wohnungen:*
  Nach dem bisher einzigen erfolgreich durch Volksentscheid vom 25. Mai 2014 beschlossenen Gesetz steht das Tempelhofer Feld für eine Bebauung nicht zur Verfügung. Das soll

auch so bleiben. Die Pläne des Senats bzw. Bezirks sahen eine Bebauung im hochpreisigen Segment vor. Kurz vor der Volksabstimmung hatte die BVV Neukölln mit den Stimmen von SPD und CDU die Bebauungsdichte reduziert. Es sollte im Bereich der Oderstraße eine Bebauung mit Stadtvillen erfolgen. Das leistet keinen wirklichen Beitrag gegen den Wohnungsmangel in Berlin. Nordneukölln, Tempelhof und Kreuzberg sind schon jetzt sehr dicht bebaut und benötigen dringend das THF als Freizeit- und Erholungsfläche.

3
Bildungsaufbruch – Zukunftschancen statt Bildungslotterie

Aktuelle Lage:

Auch in Neukölln hängt der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen Herkunft ab. Lehrkräftemangel, überfüllte Klassen und marode Räume prägen den Alltag an den Schulen.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Die Bezirke sind zuständig für die Instandhaltung der Schulen.*
- *Fokus auf Grundkompetenzen:*
  Besonders Schulen mit hohem Förderbedarf – etwa in der Gropiusstadt – brauchen mehr Mittel und multiprofessionelle Teams. Lesen, Schreiben, Rechnen müssen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Zusätzliche Unterstützung muss dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht wird.
- *Verwaltungsaufwand für Lehrkräfte prüfen und reduzieren:*
  Die Verwaltungsarbeit von Lehrkräften ist auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu prüfen, um mehr Zeit für pädagogische Arbeit zu gewinnen. Kleinere Klassen, zusätzliche Sozialarbeiterinnen und Schulpsychologen sowie multiprofessionelle Teams müssen Standard werden – nach dem Vorbild des Campus Rütli.
- *Schulsozialarbeit an allen 57 Neuköllner Schulen sichern:*
  Schulsozialarbeit muss dauerhaft finanziert und personell

verlässlich aufgestellt sein. Das Talentscout-Programm ist auf alle weiterführenden Schulen auszuweiten.

- *Mehr Kitaplätze und frühe Sprachförderung:*
  Der Kitaausbau muss beschleunigt werden. Echte Sprachförderung muss früh beginnen, damit kein Kind in Neukölln am Bildungsstart scheitert.

- *Praxisnahe Berufsorientierung und kommunale Ausbildungsinitiative:*
  Kooperationen zwischen Schulen, Handwerksbetrieben und sozialen Einrichtungen müssen ausgebaut werden. Jugendliche sollen in Praktika echte Berufserfahrungen sammeln.

- *Demokratiebildung und echte Beteiligung:*
  Bürgerhaushalte, Quartiersräte und Bezirksforen müssen echte Mitsprache bieten. Das Kinder- und Jugendparlament Neukölln zeigt: Demokratie kann und muss früh beginnen.

- *Keine Olympiabewerbung:*
  Bei den Schulgebäuden und Sportstädten gibt es in Neukölln einen großen Sanierungsstau bzw. -mangel. Wenn sich das Land Berlin um eine teure Olympiabewerbung für die Jahre 2036, 2040 oder 2044 bemüht, ist das Geldverschwendung. Abgesehen von der peinlichen Tatsache, sich genau 100 Jahre nach der Nazi-Olympiade wieder um Spiele in Berlin zu bemühen, benötigt Berlin derzeit keinen Ausbau des Spitzensports. Stattdessen sollten der Breitensport gefördert und die Sportanlagen in den Schulen saniert werden.

- *Maßnahmen zur Verbesserung der Reinigung von Schulgebäuden:*
  Einstellung zusätzlichen Personals, auch um die Nutzung von Turnhallen am Nachmittag sicherzustellen.

- *Eltern stärker in den Schulalltag einbinden:*
  Lehrkräfte an Berliner Schulen erfüllen gemäß Berliner Bildungsprogramm einen Bildungsauftrag; die Erziehung liegt jedoch primär in der Verantwortung der Eltern. Angesichts zunehmender Verhaltensauffälligkeiten und damit verbundener Konflikte stößt das schulische Personal bei der Bewältigung erzieherischer Aufgaben an klare Grenzen. Daher fordern wir eine verbindliche, deutlich intensivere Einbindung der Eltern in den Schulalltag. Hierzu ist eine konsequente Öffnung der Schulen für eine engere Vernetzung sowie eine aktive, regelmäßige Beteiligung der Eltern erforderlich, um einen reibungslosen Ablauf des Schulalltags nachhaltig zu sichern.

4

Kinder schützen – Familien stärken – Armut bekämpfen

Aktuelle Lage:

Neukölln ist der ärmste Bezirk Berlins: 33,6 Prozent aller unter 18-Jährigen beziehen Sozialleistungen (2024) – die höchste Quote aller Berliner Bezirke. In einzelnen Quartieren liegt die Quote deutlich über 50 Prozent. In unserem Bezirk gibt es über 9.000 Alleinerziehende, was etwa 30 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern entspricht. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 15,2 Prozent (Berlin: 9,2 Prozent). Neukölln hat mit 40,1 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren im Bürgergeldbezug eine der höchsten Armutsquoten in Berlin.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Armutsprävention als Pflichtaufgabe – keine Projektfinanzierung mehr:*
  Armutsprävention muss dauerhaft im Bezirkshaushalt verankert sein – nicht als Projekt, das mit der nächsten Haushaltssperre endet. Die Finanzierung von Stadtteilmüttern, FamilienServiceBüro und Frühen Hilfen ist sofort abzusichern.
- *Kein Kind ohne Mittagessen:*
  Kostenfreie Verpflegung in Kitas und Grundschulen für alle Kinder ohne bürokratischen Antragsaufwand. Kein Kind soll hungrig lernen.

- *BuT-Leistungen wirklich ankommen lassen:*
  Viele der Neuköllner Grundschulkinder haben Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Viele erhalten sie nie, weil Eltern die Anträge nicht kennen oder nicht verstehen. Wir fordern aufsuchende, mehrsprachige BuT-Beratung in allen Schulen und Kitas sowie automatische Benachrichtigung leistungsberechtigter Familien durch das Jobcenter.

- *Sport- und Musikförderung für alle Kinder – Teilhabe ohne bürokratische Hürden:*
  Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten scheitern oft an den Kosten für Sportvereine oder Musikunterricht, obwohl genau dort Kameradschaft, Freundschaft und Selbstvertrauen gefördert werden. Das BSW Neukölln fordert:
  – Finanzielle Beihilfen für den Zugang zu Sportvereinen – unbürokratisch und ohne Antragsdschungel.
  – Gleiches gilt für musikbegabte Kinder und Jugendliche, die z.B. an der Neuköllner Musikschule unterrichtet werden wollen.
  – Die Beihilfen werden automatisch mit der BuT-Berechtigung verknüpft oder direkt in Schulen und Kitas beantragt.

- *Jugendclubs – Rückzugsräume statt Kahlschlag:*
  Für viele Kinder in Neukölln ist der Jugendclub das einzige sichere Umfeld außer Haus. Verlässliche Öffnungszeiten, auch abends und am Wochenende, ausreichend Mittel für Ausflüge, der Ausbau des Peer-Helper-Ansatzes mit fairen Aufwandsentschädigungen sowie digitale Grundausstattung in allen Einrichtungen sind unverzichtbar. Kürzungen hier sind keine Sparmaßnahme, sie sind eine Investition in spätere Sozialkosten.

- *Berlin-Pass – soziale Teilhabe für alle:*
  Der Berlin-Pass ermöglicht einkommensschwachen Menschen den Zugang zu Kultur, Sport und öffentlichem Leben. Das BSW Neukölln unterstützt seine Weiterentwicklung und fordert aktive bezirkliche Beratung, damit die Leistung auch tatsächlich abgerufen wird.

- *Null Toleranz bei Gewalt in Jugendeinrichtungen – Opferschutz vor Institutionsschutz:*
  Wenn Einrichtungen und Ämter Straftaten gegen Kinder verschweigen, versagt der Staat beim Schutz der Schwächsten. Das BSW Neukölln fordert:
  – Gesetzlich verbindliche Meldepflicht bei Verdacht auf sexualisierte Gewalt in allen öffentlich finanzierten Jugendeinrichtungen – ohne Ermessensspielraum der Leitung.
  – Sofortige Information der Polizei bei Gruppengewalt gegen Minderjährige, unabhängig vom Willen der Einrichtung.
  – Verpflichtende Schutzkonzepte mit jährlichen externen Audits als Fördervoraussetzung.
  – Die politisch zuständige Person ist bei schwerwiegenden Vorfällen innerhalb von 48 Stunden zu informieren.
  – Unabhängige Aufarbeitung aller bekannten Vorfälle durch eine externe Fachkommission.

  Klartext: Antirassismus und konsequenter Opferschutz schließen sich nicht aus – wer das gegeneinander ausspielt, schadet Opfern und Communities gleichermaßen.

5

Respekt, Regeln und Chancen – Integration, die gelingt

Aktuelle Lage:

Neukölln ist seit Generationen ein Ort der Einwanderung. Rund 300.000 Menschen aus 160 verschiedenen Nationen leben hier, davon ca. die Hälfte mit Migrationsgeschichte. Diese Vielfalt ist eine Stärke – wenn Integration gelingt. Fehlende Sprachkenntnisse, überlastete Strukturen und ungleiche Startchancen erzeugen Spannungen. Wo Integration scheitert, entstehen parallele gesellschaftliche Strukturen.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

Integration ist Querschnittsaufgabe aller Abteilungen des Bezirksamts: Sie darf nicht allein beim Migrationsbeauftragten hängen bleiben – Bauamt, Jugendamt, Sozialamt und alle anderen Fachämter sind in der Pflicht, Integration in ihrem Handeln zu berücksichtigen.

- *Integration der hier lebenden Menschen hat Vorrang:*
  Die Förderung von Menschen, die bereits hier leben, muss Priorität haben. Neue Zuwanderung darf nur in dem Maß erfolgen, wie Strukturen – Sprachkurse, Wohnraum, Kita- und Schulplätze – dies realitätsgerecht ermöglichen. Das entlastet Kitas, Schulen und soziale Träger wie das Interkulturelle Zentrum Genezareth. Das BSW benennt Herausforderungen wie Armutsmigration, Wohnungsengpässe und sprachliche Hürden klar – ohne Tabus.

- *Sprache als Schlüssel – gezielte Förderung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene:*
  Mehr kostenfreie Sprachförderangebote für Kinder und Jugendliche mit Fluchtgeschichte sind entscheidend – etwa im Sprachförderzentrum Rollberg. Sprachförderung muss von Anfang an in Kitas und Grundschulen systematisch verankert sein.
- *Quartiersmanagement stärken – Nachbarschaft gestalten:*
  Nachbarschaftsprojekte und Quartiersmanagements schaffen Verbindungen, wo sonst Parallelwelten entstehen. Soziale Träger brauchen verlässliche Finanzierung – keine jährliche Unsicherheit.
- *Respekt als gemeinsame Grundlage – klare Regeln für alle:*
  Das BSW tritt entschieden gegen Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jede Form extremistischer Gewalt ein. Gleichzeitig gilt: Wer in Neukölln lebt, muss Recht und Gesetz achten. Beides gehört zusammen. Das BSW lehnt Sonderstrukturen ab, die Integration erschweren, und setzt auf gleiche Rechte und Pflichten für alle.
- *Verwaltung als Vorbild:*
  Der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Bezirksverwaltung soll erhöht werden durch gezielte Einstellungspraxis und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- *Antidiskriminierungsstelle für Neukölln:*
  Es soll eine bezirkliche Antidiskriminierungsstelle eingerichtet werden, die bei Rassismus, Sexismus und anderen Formen der Diskriminierung berät, vermittelt und Beschwerden entgegennimmt – niedrigschwellig, mehrsprachig und für alle Bürgerinnen und Bürger kostenfrei.

6

Inklusion ernst nehmen – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Aktuelle Lage:

Berlin versteht sich als Stadt der Vielfalt und Freiheit. Doch dieses Versprechen gilt für viele Menschen mit Behinderung nur eingeschränkt. Rund 330.000 Menschen mit Schwerbehinderung leben in Berlin – viele von ihnen auch in Neukölln. Mehr als die Hälfte ist über 65 Jahre alt. Sie haben ein Recht auf eine Stadt, die ihre Bedürfnisse nicht nur anerkennt, sondern konsequent berücksichtigt.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Barrierefreiheit konsequent umsetzen:*
  Barrierefreiheit muss in Neukölln zum verbindlichen Standard werden – im öffentlichen Raum, in Gebäuden, im Nahverkehr und in digitalen Angeboten. Der Bezirk soll bestehende Barrieren systematisch erfassen und schrittweise abbauen. Neubauten und Sanierungen müssen grundsätzlich barrierefrei geplant werden. Kontinuierliche Instandhaltung von Fahrstühlen und Rolltreppen in Neukölln.
- *Verwaltung vereinfachen und beschleunigen:*
  Anspruchsberechtigte Menschen dürfen nicht an komplizierten Verfahren scheitern. Anträge müssen verständlich, mehrsprachig und digital zugänglich sein. Bearbeitungszeiten sind deutlich zu verkürzen. Gesetzliche Fristen müssen eingehalten werden – dafür braucht es ausreichend Personal und funktionierende digitale Strukturen.

- *Inklusive Bildung stärken:*
  Inklusion in Schulen darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen. Neuköllner Schulen benötigen mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Schulassistenz sowie kleinere Klassen. Ziel ist ein Bildungssystem, in dem alle Kinder unabhängig von ihren Voraussetzungen gemeinsam lernen können.

- *Teilhabe am Arbeitsleben sichern:*
  Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt. Der Bezirk soll sich dafür einsetzen, dass öffentliche Einrichtungen eine Vorbildfunktion einnehmen und bestehende Beschäftigungsquoten tatsächlich erfüllen. Übergänge aus Werkstätten in reguläre Beschäftigung müssen aktiv gefördert werden.

- *Barrierefreien Wohnraum schaffen:*
  An barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum herrscht in Neukölln starker Mangel. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssen hier eine zentrale Rolle übernehmen. Barrierefreiheit ist bei Neubau und Sanierung verbindlich zu berücksichtigen.

- *Inklusion als Querschnittsaufgabe verankern:*
  Die Belange von Menschen mit Behinderung müssen in allen Bereichen des Bezirksamts berücksichtigt werden – von Stadtentwicklung über Verkehr bis hin zur Kulturpolitik. Inklusion ist keine Einzelaufgabe, sondern Bestandteil sozial gerechter Politik.

- *Gesellschaftliche Teilhabe stärken:*
  Teilhabe endet nicht bei Infrastruktur. Kultur, Sport und öffentliches Leben müssen für alle zugänglich sein. Der Bezirk soll bestehende Angebote barrierefrei gestalten und gezielt inklusive Projekte fördern.

Unser Ziel:

Eine Stadt, in der Menschen mit Behinderung nicht auf besondere Rücksicht angewiesen sind, sondern selbstverständlich dazugehören. Eine Stadt, in der Barrieren systematisch abgebaut werden – baulich, sozial und bürokratisch.

Inklusion ist kein Zusatz, sondern ein Maßstab für Gerechtigkeit.

7

Sicherheit und Sauberkeit – Kiez zum Wohlfühlen

Aktuelle Lage:

Viele Menschen fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher – ob im Körnerpark, auf dem Schulweg oder an der Sonnenallee. Neukölln wird von Berlinerinnen und Berlinern regelmäßig als schmutzigster Bezirk wahrgenommen – mit den meisten Müllmeldungen, überfüllten Tonnen und illegalen Ablagerungen.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Mehr Präsenz – mehr Sicherheit:*
  Mehr sichtbare Polizei und Ordnungsdienst – besonders abends und an bekannten Hotspots. Bessere Beleuchtung, gleichzeitig braucht es aber auch Prävention: Jugendzentren wie das Lessinghöhe-Zentrum, Streetwork-Projekte und Sozialarbeit schaffen Vertrauen, das Repression nie erzeugen kann.
- *Konsequente Strafverfolgung – unabhängig von der Herkunft:*
  Gewalt gegen Kinder und Jugendliche muss konsequent verfolgt werden – unabhängig von der Herkunft der Täter. Keine Instrumentalisierung von Einzelfällen für Pauschalurteile, aber auch keine falsch verstandene Rücksicht, die Opfer schutzlos lässt.

- *Infrastruktur sichern durch Licht, Wege, Haltestellen:*
  Defekte Straßenbeleuchtung, marode Radwege, überfüllte Busse – Neukölln braucht Investitionen in eine sichere, barrierefreie Infrastruktur. Für die Planung wollen wir die Zusammenarbeit des Bezirksamts mit Elternvertretungen und der Seniorenvertretung stärken.

- *Null Müll Neukölln – sauberer Kiez braucht uns alle:*
  Neukölln wird viel zu oft als schmutzigster Bezirk wahrgenommen. Illegale Müllablagerungen, überfüllte Tonnen und Sperrmüll auf Gehwegen sind keine Kleinigkeit, sondern vergiften das Alltagsgefühl der Menschen. Das BSW Neukölln fordert folgende konkrete Maßnahmen:
  – Kieztage zweimal jährlich – veranstaltet vom Bezirk gemeinsam mit der BSR. Mit Infoständen, Müllsammelaktionen und direkter Ansprache der Anwohner.
  – Aufklärung über die Hausverwaltungen – die BSR stellt über Hausverwaltungen und Hausmeister Infomaterial, Flyer und mehrsprachige Aushänge zur Verfügung, die über folgendes informieren: zusätzlichen Abholservice für Sperrmüll; kostenlose Nutzung der Recycling-Höfe (auch für Elektroschrott und Sperrgut); kostenlose Abgabe brauchbarer Gegenstände an die NochMal-Annahme (Weitergabe statt Wegwerfen).
  – Illegale Müllablagerung muss durch das Ordnungsamt stärker kontrolliert werden.
  – Mehr BSR-Personal für schnellere Räumung von Sperrmüll und regelmäßigere Reinigung von Brennpunkten.
  – Wiederbelebung der Sperrmüllaktionen in allen Ortsteilen.

  Klar ist: Jede und jeder trägt Verantwortung – aber der Bezirk muss endlich liefern.

8

Gesundheit für alle – Versorgung statt Vermarktung

Aktuelle Lage:

In Neukölln leben viele Menschen mit geringem Einkommen, die besonders auf verlässliche medizinische Versorgung angewiesen sind. Die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens durch Fallpauschalen, Krankenhausschließungen wie die der Schlossparkklinik oder die Übernahme von Praxen durch Kapitalgesellschaften gefährdet die wohnortnahe Versorgung. Gesetzlich Versicherte warten in Neukölln teils monatelang auf Facharzttermine.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Wohnortnahe Krankenhausversorgung erhalten:*
  Gesundheit ist keine Ware. Das BSW setzt sich für den Erhalt einer wohnortnahen Krankenhausversorgung ein. Wirtschaftlicher Druck auf Arztpraxen und Kliniken gefährdet das Vertrauensverhältnis zwischen medizinischem Personal und Patientinnen und Patienten. Unterfinanzierte Rettungsstellen mit langen Wartezeiten sind kein Naturgesetz, sondern Ergebnis politischen Versagens.
- *Haus- und Fachärzte in Neukölln halten:*
  Das Bezirksamt soll gemeinsam mit den zuständigen Stellen Maßnahmen ergreifen, um die haus- und fachärztliche Versorgung in allen Ortsteilen langfristig zu sichern. Die Über-

nahme von Praxen durch renditeorientierte Kapitalgesellschaften muss kritisch begleitet werden.

- *Medikamentenversorgung sicherstellen:*
  Trotz hoher Kosten sind zahlreiche Medikamente nicht verfügbar. Das BSW fordert auf allen politischen Ebenen Maßnahmen gegen Lieferengpässe und unangemessene Arzneimittelpreise. Neukölln soll diese Forderung aktiv in den Berliner Senat tragen.

- *Kein kriegstüchtiges Gesundheitswesen auf Kosten der Schwächsten:*
  Forderungen, das Gesundheitswesen kriegstüchtig zu machen, sind unter den derzeitigen personellen und strukturellen Bedingungen nicht umsetzbar und lenken ab vom eigentlichen Problem: einem System, das schon im Alltag an seine Grenzen stößt. Das Bezirksamt muss sich mit den zuständigen Stellen deshalb für eine ausreichende Zahl von Haus- und Facharztpraxen im Bezirk einsetzen. Unser Ziel ist eine gerechte, solidarische und verlässliche Gesundheitsversorgung für alle – nicht Aufrüstung auf Kosten der Schwächsten.

- *Psychosoziale Versorgung ausbauen:*
  Die psychosoziale Versorgung, insbesondere für Kinder, armutsgefährdete Familien und ältere Menschen, muss ausgebaut werden. Wartezeiten bei der Erziehungs- und Familienberatungsstelle (EFB) sind deutlich zu verkürzen. Einschulungsuntersuchungen mit standardisierten Screenings auf psychische Auffälligkeiten sind für alle Kinder verpflichtend einzuführen.

9
Mobilität für alle – Verkehr mit Vernunft

Aktuelle Lage:
Neukölln ist mit rund 330.000 Einwohnern eine Großstadt für sich und braucht eine Verkehrspolitik, die dieser Realität gerecht wird. Die vergleichsweise geringe Pkw-Dichte, besonders im dicht bebauten Norden des Bezirks, zeigt: Viele Menschen sind auf funktionierende Alternativen angewiesen. Wir wollen keine ideologiegetriebene Verkehrspolitik, die Autofahrerinnen und Autofahrer kriminalisiert, und keine, die Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV-Nutzer ignoriert. Wir brauchen eine faire Neuverteilung des Straßenraums zugunsten aller.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Straßenraum gerecht verteilen – ohne Ideologie:*
  Eine Parkraumbewirtschaftung lehnen wir ab. Durch den Ausbau der Autobahnen Richtung BER ist Neukölln gut erreichbar. Das eröffnet die Chance, zentrale Straßen wie Sonnenallee, Karl-Marx-Straße und Hermannstraße sinnvoll neu zu gestalten. Dabei müssen die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer – ob zu Fuß, mit dem Rad, per Bus oder per Auto – gleichberechtigt berücksichtigt werden.
- *ÖPNV: Zuverlässig, sauber, sicher:*
  Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat der Mobilität in Neukölln. Mit U7 und U8 ist der Bezirk gut erschlossen, doch Zuverlässigkeit, Sauberkeit und das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste lassen zu wünschen übrig. Mehr Personal in

Fahrzeugen und auf Bahnhöfen ist kein Luxus, sondern Grundvoraussetzung für einen attraktiven ÖPNV. Die Verlängerung der U7 zum Flughafen BER muss endlich vorangetrieben werden.

- *Straßenbahn zurück nach Neukölln – jetzt:*
  Die Rückkehr der Tram nach Neukölln darf kein Dauerprojekt bleiben. Die Verlängerung der Tramlinie M10 von der Warschauer Straße zum Hermannplatz wird seit Jahren debattiert. Wir fordern den sofortigen Baubeginn. Auch eine Straßenbahnverbindung von Adlershof nach Rudow ist sinnvoll und sollte zügig realisiert werden. Straßenbahnen sind kostengünstig, leistungsfähig und ein zentraler Baustein moderner Stadtmobilität. Weitere Tramverbindungen für Neukölln sind zu prüfen und, wo machbar, schnell umzusetzen.

10

Kultur ist kein Luxus – sie ist das Herz des Bezirks

Aktuelle Lage:

2025 machte der Kulturhaushalt des Berliner Senats gerade einmal 2,1 Prozent des Gesamthaushalts aus. 2026 und 2027 fällt er sogar unter die Zweiprozentmarke. Was das bedeutet, spüren die Menschen in Neukölln direkt: weniger Ausstellungen, weniger Künstlerinnen und Künstler, gestrichene Programme. Einrichtungen wie die Stiftung für kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung mit Initiativen wie dem Institut für Teilhabeforschung oder die Diversity Arts Culture zur Förderung kultureller Vielfalt fallen weg. Die Neuköllner Oper bangt um ihre künstlerische Unabhängigkeit. Das Puppentheater in der Karl-Marx-Straße hat seine Förderung verloren.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

Der Senat behauptet, Berlin könne sich seine hohen Ausgaben für Kultur nicht mehr leisten. Wir sagen: Berlin kann es sich nicht leisten, Kultur kaputtzusparen.

- *Kultur als Integrationsmotor – nicht als Haushaltsmasse:* Von den rund 30 Millionen Touristen, die Berlin jährlich besuchen, kommen 80 Prozent wegen des kulturellen Angebots. Aber Kultur ist mehr als ein Wirtschaftsfaktor: Sie stiftet Identität, schafft Zugehörigkeit und ist ein zentrales Instrument der Integration. Gerade in einem so vielfältigen Bezirk wie Neukölln ist das keine abstrakte Behauptung. Es

ist gelebte Realität an der Neuköllner Oper, im KINDL-Zentrum, im Heimathafen.

- *Kinder- und Jugendkultur schützen – Kürzungen stoppen:*
  Die Streichung von Fördermitteln für Kinder- und Jugendtheater trifft die Schwächsten am härtesten. Kulturelle Angebote für junge Menschen sind keine Freizeitgestaltung, sie sind Persönlichkeitsbildung, Sprachförderung, Selbstermächtigung. Das BSW Neukölln fordert:
  - Wiederherstellung der Förderung für das Puppentheater in der Karl-Marx-Straße und vergleichbare Einrichtungen
  - Verlässliche Finanzierung von Kinder- und Jugendtheater im Bezirk – als Pflichtleistung, nicht als Projekttopf
  - Erhalt und Stärkung der Neuköllner Oper als unabhängige künstlerische Institution
- *Wiedereinführung und dauerhafte Absicherung der kulturellen Bildungsberatung im Bereich Bezirkliche Kulturpolitik – Lücken füllen, wo der Senat versagt:*
  Wenn der Senat kürzt, muss der Bezirk Flagge zeigen. Das BSW Neukölln setzt sich dafür ein, dass die BVV aktiv Druck auf den Senat ausübt und der Bezirk dort, wo es in seiner Macht steht, eigene Mittel für kulturelle Einrichtungen und Programme bereitstellt. Kulturförderung ist Daseinsvorsorge.

11

Verantwortung beginnt im Kiez – Umwelt und Nachhaltigkeit

Aktuelle Lage:

Klimakrise, soziale Ungleichheit und internationale Konflikte wirken bis in unseren Bezirk hinein. Während Milliarden in militärische Projekte fließen, fehlt Geld für grüne Stadträume, öffentliche Verkehrsmittel.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Sozial gerechter Klimaschutz – Klimaschutz darf kein Luxus sein:*
  Wir wollen Kiez-Solaranlagen auf Schuldächern, gemeinschaftliche Energieprojekte in der Gropiusstadt und urbane Gärten auf Brachflächen nach dem Vorbild des Prinzessinnengartens. So wird Klimaschutz Teil des Alltags, nicht ein Privileg für Wohlhabende.
- *Nachhaltige Stadtentwicklung mit Bürgerbeteiligung:*
  Verkehr, Bildung, Energie und Stadtplanung müssen langfristig gedacht werden. Bürgerinnen und Bürger sollen mitreden – etwa beim Umbau der Karl-Marx-Straße oder bei neuen Mobilitätszonen in Britz. Nachhaltigkeit entsteht nur, wenn Menschen beteiligt sind.
- *Einführung eines Bürgerhaushalts, um entsprechende Maßnahmen zu finanzieren.*

- *Dialog statt Konfrontation – Neukölln als Ort des Miteinanders:*
  Neukölln soll Orte des Dialogs und der Verständigung schaffen – durch Begegnungsräume in Moscheen, Kirchen und Vereinen sowie durch Foren im Rathaus Neukölln. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht durch Gespräche – nicht durch Ausgrenzung.

12

Moderne Verwaltung – digital, bürgernah, vernünftig

Aktuelle Lage:

Lange Wartezeiten auf Bürgeramtstermine, mehrfaches Ausfüllen gleicher Daten, keine durchgängigen Online-Anträge – das frustriert die Menschen in Neukölln. Besonders betroffen sind Berufstätige, Alleinerziehende und Ältere, die keinen digitalen Zugang haben oder sich nicht auskennen.

Unsere Forderungen und Lösungsansätze:

- *Digitale Anträge für alle Behördengänge:*
  Anmeldung, Kita-Gutschein, Wohngeld, BuT-Leistungen – all das muss vollständig sowohl digital als auch analog möglich sein. Ein Neuköllner Bürgerkonto für alle bezirklichen Dienstleistungen sollte zur Verfügung gestellt werden.
- *Recht auf analogen Zugang:*
  Wer nicht digital kann oder will, erhält weiterhin persönliche Termine und Papieranträge – ohne Wartezeiten. Die Personalausstattung der Bürgerämter wird dafür ausgebaut.
- *E-Akte für das Bezirksamt:*
  Die Verwaltung arbeitet flächendeckend mit elektronischen Akten, um Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Doppelarbeit zu vermeiden. Dafür ist die Sicherstellung einer

ausreichenden finanziellen Ausstattung für den Ausbau der E-Akte nötig.

- *Bürgerbüro mit Termin-Garantie:*
  Jeder Neuköllner erhält innerhalb von zwei Wochen einen Termin im Bürgeramt – bei Bedarf auch abends oder samstags.
- *Mehrsprachige digitale Angebote:*
  Alle Online-Dienste werden in den in Neukölln verbreiteten Sprachen (u.a. Türkisch, Arabisch, Englisch) angeboten.

Neukölln kann mehr – wenn wir es gemeinsam gestalten

Neukölln ist mehr als ein Bezirk: Es ist ein Ort für Vielfalt, Zusammenhalt und Hoffnung – und ein Ort mit realen Problemen, die politischen Mut erfordern. Wir stehen für ein Neukölln, das gerecht, solidarisch und sicher ist.

Für gute Arbeit und faire Löhne. Für bezahlbares Wohnen und Schutz vor Verdrängung. Für starke Bildung von Anfang an. Für soziale Sicherheit, die wirklich ankommt. Für eine Gesundheitsversorgung, die nicht nach Einkommen fragt. Für Sauberkeit und Sicherheit im Alltag. Für eine Mobilität, die alle mitnimmt. Für eine Kultur, die zusammenhält. Für eine moderne, bürgernahe Verwaltung.

Mit Vernunft und Gerechtigkeit wollen wir Neukölln mitgestalten – gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, arbeiten und ihre Kinder großziehen.

Unser Motto:

Vernunft statt Ideologie.

Gerechtigkeit statt Spaltung.

BSW
Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit
Wallstraße 61
10179 Berlin
URL: https://bsw.berlin/
E-Mail: info@neukoelln.be.bsw-vg.de

Juli 2026

V.i.s.d.P.: Thomas Thornton, Wallstraße 61, 10179 Berlin * Druckerei: CD-Design, Autorisierter Fachbetrieb in Berln GmbH, Sophie-Charlotten-Stra 41, 14059 Berlin